

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis ..
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 2.00 Mark
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 Mark.

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl-Rhein
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742 · Geschäftsstelle: Schloßstraße 28

Anzeigenpreis:
Die einfache Kolonnenzeile oder deren Raum 0.50 RM
im Blattenteil 1.50 RM.

Die Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanzanzeigen 0.60 RM.

Nr. 95

Montag, 26. April 1920

23. Jahrgang

Der neue Haushaltsplan

Unter welchen geradezu grauerregenden Finanzverhältnissen die Reichsverwaltung heute steht, zeigt ein Blick in den neuen Reichsetat. Schauernd freilich möchte man sich von ihm sofort wieder abwenden, aber als Politiker sind wir gezwungen, auch dieses Dokument einem näheren technischen Studium und einer politischen Würdigung zu unterziehen. Eine saure Arbeit ist's, aber sie muß geschafft werden!

Nur einige Zahlen: Der Reichshaushaltsplan für das Jahr 1920 führt in den laufenden Einnahmen 25 Milliarden und in den fortbauenden und einmaligen Ausgaben 27,95 Milliarden auf, sodaß sich rechnungsmäßig ein Defizit von fast drei Milliarden ergibt. Dazu kommen nun aber im außerordentlichen Haushalt noch weitere Ausgaben in Höhe von nicht weniger als zwölf Milliarden Mark. Es ergibt sich somit eine Gesamtausgabe für 1920 von rund vierzig Milliarden Mark. Aber auch damit noch nicht genug: Aus dem Haushaltsplan für Post- und Eisenbahn ergibt sich schon nach dem heutigen Stande ein Fehlbetrag von dreizehn Milliarden Mark. Dieses Defizit steigt täglich, ja stündlich, und der Reichspostminister hat soeben in der Nationalversammlung die Erklärung abgegeben, daß das Defizit bei der Reichspost, welches auch nach Eingang der mit Wirkung vom 1. Mai ab in Kraft tretenden ganz ungeheuerlichen Tarifierhöhungen auf etwa eine Milliarde veranschlagt war, infolge der inzwischen weiter aufgetretenen Lohn- und Gehaltsforderungen auf 1 Milliarde 400 Millionen Mark angewachsen wird!

Wohin soll das führen? Der Reichshaushalt gibt ein typisches Bild der Verlotterung, die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht eingerissen ist. Um nur einmal aus den Reichsausgaben einiges herauszugreifen: Wir befinden uns mitten in einer wahnsinnigen Verschuldung. Die Reichsschuld, die beim Eintritt in den Krieg fünf Milliarden betrug, steht rechnungsmäßig gegenwärtig auf zweihundertfünfzig Milliarden, und in dem Augenblick, in dem diese Zeile den Leser erreicht, wird auch diese Summe nicht mehr wahr, sie wird schon wieder eine erschütternde Anzahl neuer Milliarden überschritten sein. Aus dieser Höhe der Reichsschuld ergibt sich auch der alles übrige mitniederreisende und erstickende Posten der Verzinsung.

Ungeheuerlich ist auch das weitere die Steigerung der allgemeinen Verwaltungsausgaben. Sie betrugen 1914 etwa 1800 Millionen Mark, heute mehr als sechstaushundert Millionen Mark. Der Ruf nach Sparlichkeit der immer und immer wieder die Öffentlichkeit erfüllt, hat wie sich zeigt, noch wenig Nachhaltigkeit in den Reichsämtern und Reichsbehörden selbst gefunden. Wir müssen unsere, an dieser Stelle schon wiederholt erhobene Forderung auf das entschiedenste erneuern: Sch-

mungsloser Abstrich aller nur irgendwie entbehrlichen Ausgaben, mögen auch noch so viel persönliche Interessen dadurch gekränkt werden. Das Volk darf nicht um des Wohlbehagens einzelner willen leiden.

Wie nun aber solle man dieses Riesendefizit decken? Der frühere Reichsfinanzminister Erzberger hatte die jährliche Deckungssumme, die also durch Steuern und dergleichen aufzubringen ist, auf nicht weniger als jährlich 24 Milliarden Mark beziffert. Um diese fabelhafte Summe zu decken, hat Erzberger ein Steuergebäude konstruiert und durch die Nationalversammlung aufbauen lassen, welches zwar, soweit die papierne Errechnung in Frage kommt, die Deckung des gewaltigen Bedarfs ermöglichen würde. Nur aber liegen die Dinge heute schon so, daß selbst der von Erzberger berechnete Deckungsbetrag nicht mehr ausreicht. Es müssen neue Einnahmequellen geschaffen werden. Aber auch darüber gibt es nun keinen Zweifel mehr, daß neue Steuerquellen nicht mehr in Frage kommen können. Das hat übrigens auch schon Erzberger wiederholt in der Nationalversammlung ausgesprochen, indem er erklärte, daß mit seiner Finanzreform die höchstmögliche steuerliche Anspannung der Staatsbürger erreicht sei. Der neue Finanzminister Wirth muß sich daher um neue Finanzquellen bemühen. Was das laufende Defizit von etwa drei Milliarden angeht, so wird zu dessen Deckung wahrscheinlich die Erhöhung der Kohlensteuer in Frage kommen. Für die Abtragung der großen Schulden aber müssen ganz andere Maßnahmen ergriffen werden. Finanzminister Wirth denkt vorwiegend an die Einführung von Monopolen. Darüber hinaus will er aber auch noch neue Formen der Besteuerung suchen. Es wird dabei ansehnend an eine Zuweisung des Besitzes und der Erträge gewisser produktiver Wirtschaftsunternehmungen gedacht. Man plant, wie Dr. Wirth sich ausdrückte, „neue organisierte Zusammenfassungen, die große Produktionszweige der Wirtschaft zu umfassen haben.“ Man darf sich darunter wohl eine gewissermaßen trustartige Verbindung bzw. Zusammenfassung bestimmter Produktionszweige und ihre steuerliche Ausnutzung im Interesse des Reichs denken. Das ganze läme also auf eine Produktionssteuer größten Stils hinaus.

Und immer und immer wieder müssen wir die Frage aufwerfen: wohin soll das führen? Kann man sich wandern, wenn bei solchen erbärmlichen Wirtschaftszuständen die Agitation und Wühlerien der Radikalen immer breiteren Boden finden, derjenigen Apostel, die da sprechen: Reicht alles nieder und sucht auf den Trümmern etwas neues zu schaffen! Denn die ganze Größe und Wucht des finanziellen Elends, in dem mitten drin wir stehen, sind ja noch nicht einmal durch die obigen Ausführungen umrissen: es fehlt ja immer noch der bis jetzt noch gänzlich unbekannte Posten für die Entschädigungsforderungen der Entente!

Das alles zeigt uns, daß wir aus eigener Kraft, und wenn wir bis zur Ausmergelung unserer ohnehin schon

durch die vielfährigen Leiden und Entbehrungen kraft- und kraftlos gewordenen Körper schaffen würden, niemals imstande wären, uns aus diesem Finanzlumpf herauszuretten.

Das Finanzproblem ist aber durchaus nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches, ja ein Weltproblem. Nur auf dem Wege internationaler finanzieller Zusammenarbeit könnte Deutschland wieder gefunden, und ein wirtschaftlich und finanziell erhabenes Deutschland wäre auch die beste Stütze und Gewähr für die Gesundheit und Erneuerung Europas.

Die absterbende Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung liegt in den letzten Zügen! Man merkt es an allen Ecken und Enden! Mit der Beratung des neuen Reichswahlgesetzes und mit der Verabschiedung dieses Gesetzes wird auch schon formell der Grabstein für die „verfassungsgebende“ deutsche Nationalversammlung gesetzt!

Eine kaum mehr zu überbietende Interesslosigkeit liegt über dem Hause. Die erdrückende Fülle des Arbeitsstoffes, der noch in diesem Schlusshabschnitt auf das Parlament niedergeprasselt ist, ersticht und tötet! In den Kommissionen und Ausschüssen wird unter Erschöpfung der schon bis zum Uebermaß angespannten Kräfte Aufklärungsarbeit geleistet. Im Plenum mangelt das große Interesse. Das Gefühl herrscht vor: so bald wie möglich Schluss, um aus einem nervenaufreizenden Getriebe sich zu retten.

Mit die wichtigsten Gesetze unter den Duzenden, welche die Nationalversammlung schuf, bilden das Reichswahlgesetz und das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten. Neben der Reichsverfassung spricht in diesen beiden Gesetzen die neue Zeit laut und vernünftig zu uns! Umso mehr mußte man sich über die Teilnahmslosigkeit wundern, welche der Beratung dieser bedeutungsvollen Entwürfe in der Vollversammlung der Nationalversammlung entgegengebracht wurde. Gewiß war in den bezüglichen Ausschüssen eine mühsame Vorarbeit geleistet worden, und an den in Haft vorbereiteten Gesetzesvorlagen wurde Entscheidendes nicht mehr geändert. Ideal ist das neue Wahlgesetz keineswegs, wenn gleich die Vertretung der durch die Wahlkette zum Ausdruck kommenden Meinungen eine wesentlich zweckmäßigere ist, als das bisher der Fall war. Im Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten sind auch nur unwesentliche Änderungen angebracht. Die wichtigste ist die, daß den Wahltag der Reichstag bestimmt und nicht, wie es der Regierungsentwurf vorsah, der Reichspräsident. Auch ist von einer Bestimmung dahingehend abgesehen worden, daß die Wahl mit einer Reichstagswahl verbunden werden kann. Minister Koch hatte bei der Durchberatung dieser Vorlagen in der Nationalversammlung keinen schwierigen

Die Stifstsekretärin.

Roman von S. Courths-Mahler.

10 Roman von S. Courths-Mahler. Nachdruck verboten.

Damit wandte sich Gusti um und verließ das Zimmer. Das Weinen war ihr nahe, aber trotzig warf sie den Kopf zurück.

Alfred sah ihr ärgerlich nach.

„Es ist empörend, was sich Gusti herausnimmt! Und immer nimmt sie für Ursula Partei, weil sie ganz unter deren Einfluß steht. Natürlich hat Ursula mit dem Baron kokettiert. Ich habe es doch selbst beobachtet, wie sie ihm in den Weg gelaufen ist. Das ist der Dank für alle Wohltaten, die wir ihr erwiesen haben!“

Sie brach zornig in Tränen aus.

„Hättest du sie doch nie nach Feldegg gebracht, Rudolf!“ fliegte Frau von Feldegg.

„Jetzt wollt ihr wohl mir noch die Schuld aufbürden?“

Frau von Feldegg zuckte die Achseln.

„Es hat ja keinen Zweck, festzustellen, wer schuld ist. Damit läßt sich nichts ungeschehen machen. Aber was jetzt, Rudolf? Nun ist uns auch diese Hoffnung vernichtet, und wir stehen vor dem Ruin!“

Herr von Feldegg starrte vor sich hin und strich sich über die Stirn. Dann sagte er resigniert:

„Man muß sehen, was noch zu retten ist. Wie die Dinge nun einmal liegen, dürfen wir uns mit Ursula jetzt auf keinen Fall überwerfen. Unsere ganze Hoffnung ruht jetzt auf Ursula; sie muß uns helfen. Schließlich ist sie uns ja auch dank schuldig und kann etwas für uns tun, wenn sie Majoratsherrin von Rippach wird. Also, macht gute Miene zum bösen Spiel, ich rate es euch, und sucht euch auf einen freundlichen Fuß mit ihr zu stellen. Wir dürfen uns obendrein keine Blöße geben und merken lassen, daß wir diese Verlobung allerlei Hoffnungen zerküßt hat.“

Alfred fuhr auf:

„Ich kann nicht freundlich zu ihr sein, ich hasse sie!“

Der Vater sah sie streng an.

„Hasse sie, soviel du willst, aber laß es dir nicht anmerken.“

Alfred sah ratlos ihre Mutter an. Diese zuckte die Achseln.

„Papa hat recht, Alfred! Wir müssen tun, was er verlangt. Als Frau des Barons Rippach ist Ursula eine andere für uns als zuvor.“

Da klopfte es an der Tür. Der alte Diener Heinrich trat ein und meldete: „Der Herr Baron von Rippach läßt sich den gnädigen Herrschaften empfehlen und um Entschuldigung bitten, daß er ohne Abschied abgefahren ist. Er hätte große Eile.“

Betroffen starrten die drei Personen den alten Diener an.

„Der Herr Baron ist bereits fortgefahren?“ fragte Herr von Feldegg, sich zuerst fassend.

„Sehr wohl, gnädiger Herr.“

„Und Fräulein Ursula?“

„Sie ist hinaufgegangen in ihr Zimmer.“

Eine Weile blieb es still. Dann sagte der alte Herr

kurz:

„Sagen Sie Fräulein Ursula, sie möge sich sofort hierher bemühen.“

Der Diener verschwand.

Die Zurückbleibenden starrten sich fassungslos an, bis Alfred erregt ausrief: „Was soll das heißen?“

Herr von Feldegg zuckte die Achseln.

„Ich weiß nicht mehr als du.“

„Sie wird ihm doch keinen Korb gegeben haben! Sollte Gusti wirklich recht haben?“ fragte Frau von Feldegg angstvoll.

Fast spöttisch blinnte ihr Gatte jetzt seine Damen an.

„Alfred war ja so fest davon überzeugt, daß Ursula mit dem Baron kokettiert habe. Da würde sie ihm doch keinen Korb geben.“

„Dann weiß ich nicht, wie der Baron fortfahren konnte ohne sich von uns zu verabschieden,“ antwortete Frau von Feldegg und zuckte die Achseln.

Herr von Feldegg trommelte nervös auf den Tisch.

„Nun, wir werden gleich von Ursula hören, was das alles zu bedeuten hat.“

Es wahrte nur einige Minuten, bis Ursula erschien.

Als sie mit blassen Gesicht und verweinten Augen eintrat, zwang sich Herr von Feldegg aus diplomatischen Gründen zur Freundlichkeit.

„Willst du uns nicht sagen, Ursula, wie deine Unterredung mit Baron Rippach verlaufen ist? Ich erwartete, euch als Brautpaar hier eintreten zu sehen. Statt dessen wird mir gemeldet, daß der Baron fortgefahren ist, und du dein Zimmer aufgesucht hast.“

Ursula atmete tief auf und sagte leise:

„So leid es mir tut, mußte ich doch den ehrenvollen Antrag Baron Rippachs ablehnen.“

Einen Moment herrschte stummes Staunen. Dann fuhr Herr von Feldegg auf:

„Bist du von Sinnen, Ursula? Ich habe wohl nur nicht recht gehört.“

Ursula stand hilflos diesem fassungslosen Unwillen gegenüber. „Du hast recht gehört, Onkel Rudolf — ich habe Baron Rippach gesagt, daß es mir unmöglich ist, seine Frau zu werden.“

Jetzt fuhr auch Frau von Feldegg auf.

„Das ist ja unmöglich, Ursula! Statt dem lieben Gott für solch ein Glück auf den Knien zu danken, schlägst du eine so glänzende Partie aus? Solch einen Antrag lehnt man doch nicht ab, wenn man auf die Barmherzigkeit anderer Menschen angewiesen ist.“

Ursula trat einen Schritt zurück. Flammende Röte stieg ihr ins Gesicht. Groß und ernst richteten sich ihre Augen auf Frau von Feldegg.

Fortsetzung folgt.

Stand. Gemütskur wurden eigentlich von keiner Seite des Hauses in den Weg gestellt. Es wäre sogar ein durch- aus erfreuliches Vorzeichen, wenn die Eintracht, die bei der Beratung dieser Gesetze fast auf allen Seiten des Hauses zu beobachten war, auch ein Symptom für die Führung des Kampfes im Rahmen dieser neuen Gesetze wäre. Solchen Illusionen freilich darf man sich nicht hingeben.

Die National-Versammlung stirbt! Griesgrämige An- verwandte und Erben umstehen die Lagerstatt. Der Lebens- odem flucht! Niemand gibt sich Mühe, die Lebensdauer dieses absterbenden und sich selbst zum Tode verurteilenden Gebildes zu verlängern. Es ist auch kein Anlaß dazu vor- handen. Und man will das Volk sprechen und sein Ur- teil abgeben, wie es von nun an regiert und geführt sein will! Dürfen wir hoffen, daß uns dieses Volksurteil in eine neue und bessere Zeit führt?

Politische Rundschau

Als erste vortragende Rätin wird in das Reichsmini- sterium des Innern Fräulein Dr. Gertrud Bäumer, Mit- glied der Nationalversammlung, eintreten. Sie übernimmt ein Dezernat in der Abteilung für Schulangelegenheiten.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Höhsch hat angesichts des Verlaufes der Hauptvorstandsitzung der deutschnationalen Partei, der zum Austritt v. Kar- dorffs geführt hat, auch seinerseits die ihm angebotene deutschnationale Kandidatur abgelehnt.

In Japan wurde jüngst eine Gesellschaft mit einem Kapital von 10 Millionen Yen gegründet zum Zweck der Einfuhr von Chemikalien aus Deutschland. Die Einkaufs- kommission ist bereits nach Deutschland unterwegs.

Das Allgemeine Handelsblatt meldet, bei den hol- ländischen Stellen liege ein Bericht vor, der darauf schließen lasse, daß die beunruhigenden Mitteilungen über ein Ver- bot der Kohlenlieferungen von Deutschland an Holland den Tatsachen entsprächen.

Die beiden modernen deutschen Schlachtschiffe Olden- burg und Posen sind als Ersatz für die in Scapa Flow ver- senkten Schiffe ausgeliefert worden. Sie sind bereits im Firth of Forth eingetroffen.

Die Times empfangen ein Telegramm aus Wladiwostok, aus dem hervorgeht, daß bei dem jüngsten Gefecht zwi- schen Japanern und Russen bei Nikolaj und Chabarowsk erster gekämpft worden ist als berichtet wurde. Die Ja- paner hatten allein 1000 Mann Verluste.

Ein Abend beim Reichspräsidenten

Berlin, 24. April. Beim Reichspräsidenten fand Freitagabend, wie die R.N. meldet, ein parlamentarischer Bierabend statt, an dem etwa 80 Parlamentarier und sonstige Gäste teilnahmen. Auch die Rechte war vertreten. U. a. war von ihr Graf Poladowsky erschienen. Die Deutsche Volkspartei hatte sich entschuldigen lassen, da sie durch eine eigene Veranstaltung ferngehalten war. Die Unabhängigen waren ausgeblieben.

Kapp bleibt vorläufig in Schweden

Kopenhagen, 24. April. Die schwedische Re- gierung hat beschlossen, die Frage der Auslieferung Kapps vorläufig auf sich beruhen zu lassen. Kapp wird also in Schweden verbleiben. Wie zuverlässig verlautet, soll sich seine Familie bereits auf dem Wege nach Schweden befinden. Seitens der Regierung wurde entschieden, daß Kapp auf freien Fuß zu setzen sei unter der Bedingung, daß er keine Politik treiben oder politische Verbindung unter- hält.

Die Versicherungspflicht in d. Krankenversicherung

Der volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalver- sammlung hatte bei Beratung des Entwurfs einer Ver- ordnung über Heraushebung des Grundlohns und Aus- dehnung der Versicherungspflicht der Krankenversiche- rung, die Versicherungsgrenze auf 20 000 Mark festgelegt. Der Beschluß verdankte aber nur einer Zufallsmehrheit gestellt von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Aus- schusses, sein Zustandekommen. Schon in der Kommission war seitens der Vertreter der Regierung wie auch der bürgerlichen Parteien die vorgeschlagene Heraushebung der Versicherungsgrenze auf 20 000 M. scharf bekämpft wor- den. Man machte geltend, daß die Versicherungsgrenze die bis zum Kriege nur 2500 M. betrug und erst im November 1918 auf 5000 M. erhöht wurde, nunmehr bei 12 000 M. genügend fixiert ist. Auch bei den jetzigen Leu- rungsverhältnissen würden Angestellten mit mehr als 12 000 M. Einkommen in der Regel imstande sein, die nöti- ge Arzthilfe und Arzneimittelversorgung aus eigenen Mit- teln zu bestreiten. Die geplante Erhöhung von 12 000 M. wie der Regierungsentwurf vorschlägt auf 20 000 M. wie die Sozialdemokraten es wollten, hat auch in Arzte- kreisen die lebhafteste Mißbilligung hervorgerufen. In treuen Tat würden durch diese Zwangsversicherung der weit- aus größte Teil der deutschen Staatsbürger in das Kran- kentrassenheilm gegen ihren Willen eingezogen worden sein. Schwere Konflikte zwischen Ärzten und den Kranken- kassen, die übrigens auch ihrerseits eine so hohe Ver- sicherungsgrenze garnicht in Vorschlag brachten, wären unvermeidlich gewesen. Nun haben alle Parteien einen Antrag bei der Nationalversammlung eingebracht, wo- nach die Versicherungsgrenze wieder auf den ursprüng- lich beschlossenen Betrag von 12 000 Mark zurückgeführt wird. Die Nationalversammlung hat diesem Beschluß zu- gestimmt, so daß es danach bei dieser 12 000 Mark-Ver- sicherungsgrenze sein Bewenden hat.

Krankenversicherungspflicht bis 12000 Mark Einkommen

Berlin, 24. April. Nachdem am Freitag die Na- tionalversammlung sich für die Aufhebung der Kranken- versicherungsverordnung ausgesprochen hat, wenn bekanntlich von einer Begrenzung des Grundlohnes abgesehen und die Ver- sicherungspflicht bis auf Einkommen von 20 000 Mark

hinaufgesetzt wurde, hat die Regierung alsbald dem Reichs- rat eine neue Verordnung vorgelegt, worin die Gehalts- grenze von 12 000 Mark wieder eingeführt und eine Begren- zung für den Grundlohn auf 24 bis 30 Mark festgelegt wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verord- nung ist auf den 3. Mai festgesetzt, während die neue Be- grenzung des Grundlohns vom 27. April an Geltung haben soll. Der Reichsrat nahm die Regierungsvorlage an.

Maßnahmen gegen Wohnungsmangel

Der National-Versammlung ist ein Gesetz über „Maß- nahmen gegen Wohnungsmangel“ zugegangen, welches auf einen Antrag des Reichsrats zurückzuführen ist. Die Miß- stände auf dem Gebiete des Wohnungswesens haben sich in letzter Zeit erheblich verschärft. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Baustoffknappheit kann ge- genwärtig neue Wohngelegenheit nicht geschaffen werden. Man muß daher jedenfalls damit rechnen, daß auch über den 31. Dezember d. Js. hinaus behördliche Maßnah- men gegen Wohnungsmangel getroffen werden müssen. Diesem Zweck soll das neue Gesetz dienen. Es bringt weiter eine Anzahl von sofort mit dem Inkrafttreten des Intra- tretens des neuen Gesetzes wirksam werden den Änderungen der bisherigen Verordnungen. So soll nun den obersten Landesbehörden allgemein die Möglichkeit gegeben wer- den, Gemeinden, auch solche die keine Anordnungen ver- anlaßt haben, zu den erforderlichen Maßnahmen heran- zuziehen. Öffentliche, im Eigentum oder Verwaltung des Reiches oder eines Landes stehende Gebäude können nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Reichs- oder Lan- desbehörde in Anspruch genommen werden. Um Zweifel zu beseitigen, ist bestimmt, daß die obersten Landesbehör- den, die von ihnen erteilten Ermächtigungen zurücknehmen und die Gemeinden zur Aufhebung der von ihnen auf Grund der Ermächtigung getroffenen Anordnungen anhal- ten können. Bezüglich der Zwangsmaßnahmen soll nun ebenfalls klares Recht geschaffen werden. Unmittelbarer polizeilicher Zwang soll insbesondere zulässig sein, um be- schlagnahmte Wohnungen zu räumen, sei es, daß die Woh- nung in Widerspruch zu einer Anordnung der Gemeinde bezogen ist. Während ferner Geldstrafen bis zu 1000 M. bisher vorgesehen waren, ist nun die Höchststrafe auf 10 000 M. festgesetzt. Die zum Schutze der Mieter ge- troffenen Verordnungen sollen auch über den 31. De- zember 1920 hinaus verlängert werden, da mit einem längeren Fortbestehen derjenigen wirtschaftlichen Verhält- nisse gerechnet werden muß, die zu den besonderen Mieter- schutzbestimmungen geführt haben.

Belagerungszustand und außerordentliche Kriegsgerichte in der belgischen Zone

Nach n, 24. April. Der belgische Oberkommandant verfügte infolge weiterer Zwischenfälle und Rundgebungen der Bevölkerung gegen die Maßnahmen der Alliierten inner- halb des belgisch besetzten Gebietes die Verhängung des Belagerungszustandes auf die Dauer von drei Wochen. Die gleiche Bestimmung gilt für die Kreise Eupen und Mal- medy. Zugleich wird die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte mitgeteilt. Proteststreiks und Rundgebun- gen sind innerhalb der besetzten belgischen Zone streng ver- boten.

Die Erhöhung der Postgebühren

Berlin, 23. April. Die Erhöhung der Postgebühren beschäftigte heute den Haushaltsausschuss der National- versammlung. In der Aussprache wurde gerügt, daß in der Postverwaltung etwa 30- bis 40 000 überflüssige Ar- beitskräfte seien. Diese könne man vielleicht dadurch be- schäftigen, daß man die Zustellung der Zeitungen allgemein auf die Postverwaltung übernehme. Mit Zustimmung des Ministers wurde im Entwurf die Zeitungsgebühr für eine Zeitungsummer im Durchschnittsgewicht bis 20 Gramm von 3 Pfg. auf 2 Pfennig und über 20 bis 50 Gramm von 4 Pfennig auf 3 Pfennig ermäßigt. Im übrigen wurde die Erhöhung der Postgebühren nach der Regierungsvor- lage angenommen. Eine Entschließung empfiehlt der Post- verwaltung, im Betriebe solche Verbesserungen einzufüh- ren, die die Einnahmen der Post erhöhen und eine Ermä- ßigung der Gebühren ermöglichen.

Zunahme der Forderung im Ruhrgebiet

Berlin, 24. April. Die Kohlenförderung im Ruhr- gebiet hat erfreulicherweise wieder zugenommen. Die Wa- gengestellung an allen Teilen war genügend. Die För- derungsziffer seit dem 12. April schwankt täglich zwischen 250 000 bis 317 000 Tonnen.

Die deutsche Rechtschreibung

Berlin, 22. April. Zur Frage der Neuordnung der deutschen Rechtschreibung erklärt der Gesamtvorstand des deutschen Sprachvereins in einer besonderen Entschlie- ßung, daß er die gegenwärtige Zeit nicht für geeignet halte, die an sich wünschenswerte Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung durchzuführen. Er empfiehlt, den Plan auf einen späteren günstigeren Zeitpunkt zu verlagern.

Der Streik in Elßaß-Lothringen

Paris, 24. April. Nach Privatmeldungen des Temps aus Straßburg, ist der Streik bei der Eisenbahn des Elßaß-Lothringens gestoppt. Der Telegraphen- und Telephonendienst werden aufrechterhalten. Gas und Elektrizität für Beleuchtung funktionieren. Nach Meldungen aus Metz ist auch in Lothringen der Eisenbahnstreik allgemein. Nur Züge von Nancy und Paris und umge- kehrt kommen an und werden abgefahren. Auch das Post- personal streikt.

Caillaux auf freiem Fuß

Paris, 24. April. Zum Urteil im Prozeß Caillaux wird ergänzend gemeldet, daß nach dem Spruch des Ge- richts die Gefängnisstrafe durch die Untersuchungshaft ver- längert ist. Er war bei der Urteilsverkündung nicht an- wesend und ist heute mittag in Freiheit gesetzt worden. Er

erklärte, daß er sich nach seinem alten Wahlkreise zurückziehen werde. Caillaux nimmt seinen Wohnsitz in Marners.

Zur Kriegserklärung Japans an Rußland

Rom, 24. April. Italia schreibt zu der Nachricht von der Kriegserklärung Japans an Rußland, daß von der japanischen Botschaft in Rom die Nachricht weder bestätigt noch dementiert wird.

Japan und Amerika im Fernen Osten

London, 23. April. Der Daily Herald meldet, Japan habe Sowjetrußland den Krieg erklärt, und Amerika habe Japan in Sibirien freie Hand gegeben.

Dazu bemerkt die Köln. Ztg. folgendes:

Man muß sich bei dieser Meldung vergegenwärtigen, daß der Daily Herald, der früher eine Wochenzeitschrift war und erst seit dem Krieg als Tageszeitung erscheint, das Sprachrohr der englischen Sozialisten ist, also für alle Neuerungen des Imperialismus ein geschärftes Ohr hat. Der erste Teil der Meldung besagt tatsächlich nichts Neues, denn in Wirklichkeit führen die Japaner im russischen Fernen Osten schon lange Krieg gegen die Bolschewiken; immerhin wäre es bemerkenswert, wenn sie diesen den Krieg nun auch in aller Form erklärt hätten. Weit wich- tiger wäre es, wenn auch der zweite Teil der Meldung zu- träfe. Wenn Amerika wirklich Japan freie Hand in Si- birien ließe, wäre dies ein neuer Beweis dafür, daß die Vereinigten Staaten sich nicht nur aus den europäischen Hän- deln, sondern überhaupt aus der großen Weltposi- tion zurückziehen.

Die Konferenz von San Remo

Lloyd George erkennt die deutsche Forderung an

San Remo, 23. April. Havas meldet: Wir haben noch einige Einzelheiten über die Unterredung der beiden Ministerpräsidenten erfahren. Lloyd George schlug, von Pitti unterstützt, Millerand eine vernünftige Lösung der Fragen betr. Ausführung des Friedensvertrages vor. Es solle in Paris eine Versammlung einberufen werden, in der Deutschland ebenfalls vertreten sein wird. Millerand er- klärte darauf, daß er nur unter der Bedingung seine Erlau- nis dazu geben könne, wenn die alliierten Minister die Interessen Frankreichs dabei verfechten würden, und eine sofortige Einforderung der Wiedergutmachungen durch Deutschland erheben würden.

Saag, 24. April. Lloyd George erklärte einem amerikanischen Journalisten, daß er wohl von Deutsch- land die Ausführung des Vertrages verlangen wolle, daß aber seiner Meinung nach Deutschland den Vertrag nicht verletzt oder gar bösen Willen bei der Durchführung sei- ner Verpflichtungen gezeigt habe. Er halte die Bitte der deutschen Regierung, eine Armee von 200 000 Mann be- halten zu dürfen, für berechtigt.

Nach der Times erklärte Lloyd George auf eine Frage englischer Journalisten: Es sei nicht vorgeschlagen, Deutsch- land die Lebensmittellieferungen abzusperren. Gegenmaß- regeln gegen die Verletzung des Friedensvertrages würden sich nach Art der Verletzung richten. In Deutschland werde schon genug gehungert. In den besetzten Gebieten er- hält die Bevölkerung lediglich den dritten Teil der normalen Lebensmittelmengen. Hinsichtlich der Entlohnung wie ge- genüber der Nichtlieferung von Steinkohlen müsse die Aus- führung des Friedensvertrages erzwungen werden. Die Alliierten müßten gemeinsam handeln. Die Zeit könne kommen, wo Deutschland wieder erstarke, deshalb müßten die Alliierten vereint bleiben. Aber der Gedanke, Deutsch- land sei gefährlich für die Alliierten, sei im Augenblick phantastisch.

Englische Stimmen

London, 24. April. Daily Chronicle veröffentlicht einen Bericht seines Korrespondenten in San Remo, worin es heißt:

Führende französische Persönlichkeiten suchten hinter den Kulissen die drei Premierminister zur Überzeugung zu bringen, daß, wenn Deutschland seine Vertragsverpflich- tungen nicht restlos erfülle, der Rhein zur endgültigen Grenze erklärt und das Ruhrgebiet militärisch besetzt werden müsse; doch bestände keine Aussicht, daß die englischen und fran- zösischen Staatsmänner so wilden Ratschlägen ihr Ohr leihen.

Saag, 25. April. Die Nieuwe Courant meldet aus London: Lord Robert Cecil sagte in einer Rede in der Völkerbundversammlung, der Friedensvertrag dürfe nicht zum Fehlen Papier werden, auf der andern Seite dürfe auch nichts Unmögliches verlangt werden. Wir müssen, sagte er, so schnell wie möglich aus der Kriegsatmosphäre hera- aus. Ich hoffe, daß man nicht die des Hochverrats oder der Gotteslästerung anklagt, wenn ich sage, daß der Oberste Rat mir keine größere Freude bereiten könnte, als wenn er seine Sitzungen so schnell wie möglich aufheben würde.

Keine rechtsrheinische Besetzung

Amsterdam, 24. April. Wie Reuters aus San Remo meldet, gab Lloyd George bekannt, daß das Ergebnis seiner Besprechung mit Millerand in einer gemeinsamen Er- klärung niedergelegt werden wird, wonach Frankreich und England übereingekommen sind, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entlohnung durchgeführt wer- den sollen und daß der Gedanke einer Besetzung des rechten Rheinufer und des Ruhrgebietes durch Frankreich ver- worfen wird.

Kein deutscher Vertreter in San Remo

Berlin, 24. April. Wie wie erfahren, rückt die Nachricht, daß der deutsche Vertreter in Italien, Herr von Herffst, bei der Konferenz in San Remo erwartet werde, nicht zu. Herr Herffst hat bisher keine Einladung erhalten, hält sich aber für den Fall, daß seine Anwesenheit in San Remo gewünscht würde, selbstverständlich bereit.

Paris, 25. April. Die Konferenz in San Remo soll morgen, Montagabend, zu Ende gehen. Die Entschel- dung über die deutschen Angelegenheiten ist heute, so

urückziehen
ers.
kland
Nachricht
daß von
icht weder

osen
melbet,
ärt, und
gegeben.

enwärtigen
enzeihschrift
g erscheint,
so für alle
es Ohr hat
schts Neues,
n russischen
oltschewken;
diesen den
Weit wich-
Nebung zu-
and in Si-
ur, daß die
europäischen
n Welpost-

Remo

nderung an
Wir haben
g der beiden
Schlug, von
Lösung der
ages vor. Es
werden, in der
Millerand er-
seine Erlaub-
Minister die
den, und eine
ungen durch

erklärte einem
von Deutsch-
en wolle, daß
Vertrag nicht
schführung sei-
die Bitte der
00 Mann bek-

auf eine Frage
lagen, Deutsch-
en. Gegenmaß-
trages würden
tschland werde
Gebieten er-
il der normalen
ffnung wie ge-
müsse die Aus-
n werden. Die
Zeit könne
deshalb mühten
bedanke, Deutsch-
im Augenblick

le veröffentlicht
an Remo, worin

i suchten hinter
Meberzeugung zu
Vertragsverpflich-
dgültigen Grenze
werden müßte;
lischen und fran-
schlagen ihr Ohr

urant melbet aus
rer Rede in der
trag dürfe nicht
Seite dürfe auch
Wir müssen, sagte
satmosphäre her-
Hochverrats oder
e, daß der Oberste
könnte, als wenn
aussehen würde.

setzung

ter aus San Remo
daß das Ergebnis
r gemeinsamen Er-
sch Frankreich und
Bestimmungen des
durchgeführt wer-
esehung des rechten
ch Frankreich ver-

San Remo

verfahren, riff die
Italien, Herr von
no erwartet werde,
Einladung erhalten,
eine Anwesenheit in
ständig bereit.

terez in San Remo
gehen. Die Entsch-
ten ist heute, sp-

testens aber morgen früh, zu erwarten, da der Oberste Rat sich auch noch mit der Adriafrage zu beschäftigen gedenkt. Die französische Delegation wird am Dienstag abreisen.

Die Verständigung gefunden!

Vollständige Entwaffnung, Vermehrung der Polizeitruppen, die Entschädigungssumme, Beratungen mit Deutschland.

San Remo, 24. April. Wie die R. Ztg. aus durchsicherer Quelle erfährt, hat heute vormittag zwischen Lloyd George und Millerand ohne Beisein Mittis die wichtigste Besprechung der Konferenz stattgefunden über die deutsche Frage. Man beschloß erstens die vollständige Entwaffnung Deutschlands, zweitens die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann, drittens die Vermehrung der Polizeitruppen, aber unter strenger Aufsicht, daß sie ihrem Zweck dienen. In der Entschädigungsfrage wurde beschlossen, daß Deutschland wirtschaftlich unterstützt werden solle, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Die nächste Sitzung des Obersten Rats ist Mitte Mai in Brüssel; wie ich bestimmt erfahre, soll der deutsche Reichskanzler eingeladen werden.

Paris, 24. April. Die Abendblätter veröffentlichen eine Havasmeldung aus San Remo. Danach haben Millerand und Lloyd George heute vormittag eine Unterredung von zwei Stunden gehabt, und es hat den Anschein, daß sie sich über die deutschen Fragen geeinigt haben. Der Oberste Rat werde morgen eine gemeinsame Erklärung an Deutschland beschließen, durch die bestimmt werde, daß schließlich die Entschädigungssumme, die Deutschland zu zahlen habe, festgesetzt wird, damit es sich wieder an die Arbeit begeben könne. Der deutsche Kanzler werde demnächst zu einer Beratung mit den verbündeten Ministerpräsidenten eingeladen, die vielleicht in Brüssel stattfinden werde, und zwar jedenfalls noch vor der auf Ende Mai dorthin einberufenen internationalen Finanzkonferenz.

Beruhigung oder neue Politik?

Paris, 25. April. Sauerwein im Matin kennzeichnet die jetzige Lage dahin, daß er erklärt, eine neue Politik beginne. Er stellt auch fest, daß Herr Millerand im Namen Frankreichs die Erklärung abgeben will, daß Frankreich weder annektionistische Absichten im Rheinland noch im Ruhrgebiet habe.

Brühl und Umgebung

Brühl, 26. April.

Der Stadtverordnetenversammlung vom 23. April. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Beigeordneter Frohn der Versammlung die Mitteilung, daß Herr Bürgermeister Nehs die Dienstgeschäfte übernommen habe und verlas das Ernennungsschreiben der Regierung. Beigeordneter Frohn hieß das neue Stadtoberhaupt willkommen und sprach die Hoffnung aus, sein Wirken möge der Stadt zum Segen gereichen. Bürgermeister Nehs dankte hierauf für den Willkommengruß und versprach seine Kräfte der Stadt Brühl zu widmen. Dank gebühre aber auch Herrn Bürgermeister Dohr, welcher so bereitwillig seine Dienste der Stadt geliehen. In einem besonderen Schreiben soll dieser Dank seitens der Stadtverwaltung zum Ausdruck gebracht werden. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zwei wichtige Punkte wurden der Dringlichkeit wegen vor der veröffentlichten Tagesordnung erledigt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

a. Unterhaltungszuschüsse für bedürftige Kriegswitwen und -waisen. Den bedürftigen Kriegswitwen und -waisen werden vorschussweise für die Zeit vom 1. Jan. bis 1. Mai Unterhaltungszuschüsse bewilligt und zwar für jede Witwe 50 Mk. und jedes Kind 25 Mk. In Betracht kommen 31 Witwen und 78 Kinder. Die endgültige Festsetzung der zu bewilligenden Summen bleibt einem späteren Beschlusse vorbehalten, auch ob die Sätze der Stadt Köln oder Bonn Anwendung finden sollen.

b. Vergebung der Bauarbeiten am Pumpenschacht des Wasserwerks. Der Kostenschlag für die Gesamtumbauten war ursprünglich auf 400 000 Mk. veranschlagt. Nach einer neuerlichen Schätzung werden sich die Kosten auf 1 250 000 Mk. erhöhen. Zur Ausführung der Bauarbeiten waren 5 Angebote eingegangen. Die Wasserwerkskommission hat diese eingehend geprüft und schlägt vor, die Arbeiten dem Bauunternehmer Phil. Hartmann zu übertragen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. Ueber die Aufnahme der erforderlichen Anleihe soll eine spätere Sitzung beschließen.

1. Dem Antrage der Brühler Zeitung auf Erhöhung der Entschädigung für die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen wurde stattgegeben und zwar widerruflich mit der Bedingung, daß die Bekanntmachungen pünktlich zu veröffentlichen sind, worüber die Stadtverwaltung zu entscheiden hat. (Die pünktliche Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen kann aber nur dann zugesichert werden, wenn diese der Zeitung in Zukunft rechtzeitig, als dies bisher der Fall gewesen, zugestellt werden. Die Red.)

2. Bewilligung eines Kredits für Anschaffung von Lebensmitteln. Auf Vorschlag der Finanzkommission sind 2 000 000 Mark flüssig zu machen. Die Versammlung erklärt sich einverstanden, daß die Kreissparkasse in Anspruch genommen wird. Es wurde gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen, daß die Lebensmittelkommission recht bald eine Sitzung abhält.

3. Die Stadt schuldet dem Kommerzienrat Helmann aus einem Darlehn vor 1905 noch den Restbetrag von 72 000 Mark. Die Versammlung genehmigt den Vorschlag der Finanzkommission, eine Anleihe bei der Stadtsparkasse bei 4 einhalb Prozent und 1 einhalb Prozent Amortisation zu nehmen.

4. Ueber die Einrichtung eines Handfertigkeitsunterrichtes im Gymnasium und Bewilligung eines Kredits hierfür entspann sich eine längere ziemlich ausgebreitete Debatte. Für die erste Anschaffung werden etwa 4000 Mk.

benötigt. Das Kuratorium der Anstalt sowie die Finanzkommission sind für die Einrichtung und auch der Stadtv. Dr. Kerpenboom trat warm für die Errichtung ein. Die sozialdem. Fraktion wünschte, daß auch die oberen Klassen der Volksschulen daran teilnehmen könnten. Nach längerem Zögern und Wider wurde der Antrag angenommen.

5. Die Erhöhung der Entschädigung für Schreibhülle des Gymnasialdirektors für das Rechnungsjahr 1920 wurde von 250 Mk. auf 750 Mk. erhöht.

6. Ergänzungswahl des Gymnasialkuratoriums. Es schieden aus die Herren Frohn, Haschke und Dr. Kerpenboom. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Neu- oder Ergänzungswahl vorgenommen werden sollte. Die sozialdem. Fraktion war entschieden für eine Neuwahl und verlangte einen Vertreter. Schließlich wurde die beantragte Vertagung angenommen.

7. Die Beihilfe der Witwe Braun, deren Bezüge bisher nur 276 Mark betrugen, wurden nach eingehender warmerherziger Darlegung der Verhältnisse der Wittstellerin und Hervorhebung der treuen Dienste derselben durch den Sprecher der Zentrumsfraktion auf insgesamt 1200 Mk. für das Jahr 1920 erhöht.

8. Grundstücksverkauf an die Firma Kölling u. Claus. Ein Grundstück (Garten Penner's Villa) hinter dem jetzigen Eigentum der genannten Firma wurde unter Festsetzung der Bedingungen abgetreten.

9. Der Hauptlehrerin Krahe wird eine Wohnung von 5 Räumen (darunter 1 Speisezimmer) im neuen Schulgebäude (Münster) zugewiesen. Der Mietpreis soll noch festgesetzt werden.

10. Feuerungszulage Wwe. Bachem wurde an die Kommission zurückverwiesen und vertagt.

11. Festsetzung der Bezüge des Turnhallenwärters, des Klärmeisters und des Totengräbers. Auf Vorschlag genehmigt die Versammlung unter Berücksichtigung der einzelnen Verhältnisse wie folgt: der Turnhallenwärter erhält monatlich 750 Mk., der Klärmeister 700 Mk., der Totengräber 650 Mk. Dazu kommen noch je 25 Prozent abbaufähige Feuerungszulage und die Hälfte der Beschäftigungsbefehle für die Monate Februar und März.

12. Zuschuß für Lyzeum und Frauenschule. Wie zu erwarten, war diese Frage Gegenstand weitläufiger Auseinandersetzungen. Die einzelnen Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion sprachen sich auch diesmal entschieden gegen die Genehmigung aus. Die Finanzkommission beantragte für 1920 die bisherigen Zuschüsse zu bewilligen in der Voraussetzung, daß der Staat auch die Hälfte der Feuerungszuschüsse gebe. Es soll ein Kuratorium gebildet werden und der evangel. höheren Mädchenschule ebenfalls die Zuschüsse zugebilligt werden. Die Sozialdemokraten verlangten nochmalige Prüfung in der Finanzkommission. Dr. Simper (Zentr.) bittet um sofortige Abtötung, da die Angelegenheit eilig sei und es sich ja nur um eine Fortsetzung der bis jetzt geleisteten Zahlungen handele. Den Sozialdemokraten wurde vorgehalten, daß die Bewilligung nicht nur im städt. sondern auch im sozialen Interesse liege und die Anstalt, die heute 144 Volksschulpflichtige unterrichte, erheblich billiger sei, als wenn städt. Anstalt. Zudem könne die Schule heute von Kindern jeder Konfession besucht werden. Die Abstimmung ergab die Annahme gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

13. Der Handarbeitslehrerin Blum wurden die Bezüge auf 4 Mk. die Stunde erhöht während die nachgeforderte Anstellung abgelehnt wurde, weil ein Bedürfnis an der kath. Schule nicht bestehe. Die Lehrerin Simanowski (evangel. Schule) soll befragt werden, ob sie den Unterricht nicht wieder selbst übernehmen könne.

14. Dem Antrage des Rentmeisters Bodewig auf anderweitige Festsetzung seines pensionsfähigen Dienstlohnens wurde zugestimmt.

15. Die Wahl des Vorstehers für das Lebensmittelamt wurde in die geheime Sitzung verwiesen. Wie wir hören, hat eine Wahl noch nicht stattgefunden, da sich die Versammlung über die Personenfrage noch nicht einig war.

Der katholische Arbeiter-Verein hatte gestern abend im St. Josephshaus einen Theaterabend veranstaltet, der eine große Zugkraft gefunden und daher ein vollbesetztes Haus sah. Dramatische Stücke und humoristische Szenen wechselten in bunter Folge miteinander ab und boten den Anwesenden einige recht heitere und den Mitgliedern des Vereins wohlverdiente Erholungsfunden. Die Mitwirkenden waren den gestellten Anforderungen gewachsen und entledigten sich ihrer Aufgabe mit großem Geschick. Dank und Anerkennung verdienen die Mitglieder des Theatervereins Viktoria-Pingsdorf, die in liebenswürdigster Weise ihre Mitwirkung dem kath. Arbeiter-Verein Brühl geliehen, zumal die Leistungen des Vereins seit langen Jahren anerkannt gute sind. Viel ist gelacht worden in der geistigen Veranstaltung und wenn der Wunsch laut geworden ist, recht bald wiederum einen Theaterabend zu erhalten, so ist das zu verstehen, denn was hier geboten wurde, war einwandfreie, gesunde Kost für Herz und Seele.

() Madrigalchor d. R. Auf die heute abend 8 Uhr im Konservatorium stattfindende Gesangsprobe wird hiermit hingewiesen.

Kath. Frauenbund. Die Mitglieder des Frauenbundes seien auch an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß wegen Verhinderung der Rednerin die angekündigte Generalversammlung nicht morgen Dienstag, sondern erst am Donnerstag, den 29. April, stattfindet.

Lebensmittelversorgung Brühl-Land. In sämtlichen Geschäften gelangen nach Kundenliste 90 Gr. Gerstenmehl zum Preise von 15 Pfg. und 1 Paket Saccharin zum Preise von 1.— Mk. zur Ausgabe.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht im Hause Rierberg, Raiserstraße 99, ausgeführt. Was eben zu erwischen war, nahmen die Nicht-

sehen Burshen mit, vor allem Bekleidungsstücke. Der Geschädigte hat eine Belohnung von 500 Mark zur Wiedererlangung und Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Wenn jemand eine Reise tut... Dieser Tage reisten einige Personen, die anscheinend vom Hunsrück kamen mit der Bahn über Koblenz und flogen in Bonn aus. In einem Wagen vierter Güte standen eine Reihe von Schließkörben, Reisekörben, großen und kleinen Paketen, Eimerchen usw. aufgeschleppt, so daß von dem geräumigen Abteil — es war nämlich die ganze des Wagens — nicht mehr allzuviel Platz übrig blieb. Natürlich glaubten die Mitreisenden, dies sei das Gepäc aller Fahrgäste, aber wie erkannten die guten Leute, als drei erwachsene Personen als alleinige Besitzer des ganzen Gepädes sich zeigten. Allgemeines Erstaunen! Was alles in den Körben Koffern usw. gewesen sein mag, entzieht sich der Kenntnis der Augenzeugen, aber es ist anzunehmen, daß es sich um unerlaubte Ausfuhr von wichtigen Lebensmitteln gehandelt hat. Wenn kleine Leute aus Not eine Hamsterfahrt unternehmen, so ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, denn zum Vergnügen tun sie es sicher nicht, aber dies ging doch über die Hutspur. Es ist unredlich, wenn einzelne Leute sich zentnerweise die Lebensmittel aus anderen Kreisen holen gehen und hierdurch das der dortigen Bevölkerung rechtmäßig gehörende Mehl, Getreide, Fleisch oder sonstige Lebensmittel fortzuschleppen.

Rheinland und Westfalen

* Elberfeld. Der 1. Mai. In einer von vielen tausenden von Personen besuchten Eisenbahnerversammlung wurden alle Angehörigen des Deutschen Eisenbahnerverbandes aufgefordert, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Einige Redner traten für die Diktatur des Proletariats ein. Ein Christlicher, der den Standpunkt der Christlichen darlegte, wurde andauernd durch Lärm unterbrochen, und es wurde ihm schließlich durch Beschluß der Versammlung das Wort entzogen, als er für seine Angaben nicht gleich Namen nannte.

* Dortmund. Nachakt eines Russen. Bei dem Bergmann Anton Schulz in Massen wohnte ein Russe als Kostgänger. Dieser hatte erklärt, unter Zurücklassung einer größeren Kofschuld zu verschwinden. Um zu seinem Gelde zu kommen, ließ Schulz den Lohn des Russen mit Beschlag belegen. Das Vorhaben Schulz ist dem Russen zu Ohren gekommen, und auf dem Wege von der Zehde zu seiner Wohnung ist Schulz von dem ehemaligen kriegsgefangenen Russen mit einer Heugabel erstochen worden. Der Tod trat sofort ein. Der Russe ergriff die Flucht, wurde aber später verhaftet.

Verantwortlich für die Redaktion: P. Weinheimer.
Druck und Verlag: Peter Becher, Brühl.

Meinungsaustausch

Ein Vorschlag in Güte.

Durch die Einführung der Städteordnung in Brühl sind die Sitzungen der Gemeindevorsteher öffentlich geworden. Dieses hat den großen Vorteil für die Bürger, daß sie sich über die Tätigkeit und Stellungnahme der einzelnen Mitglieder zu wichtigen Fragen ein unbefangenes Urteil bilden können, auch Gewißheit darüber erlangen, ob die Gewählten sich des in sie gelegten Vertrauens würdig erweisen. Die Gelegenheit zur Wahrnehmung dieses Interesses wird jedoch von den Bürgern zu wenig benutzt. Das beweist die zahlenmäßig geringe Teilnahme der Zuhörer an den Verhandlungen im Rathausaale. Von gewisser Seite wurde diese Zurückhaltung mit dem Umstande begründet, daß für die erwachsenen Brühler Bürger kein passender Raum vorhanden sei, weil die Tische und Stühle für die Stadträte den größten Teil des Sitzungsraumes in Anspruch nähmen. Da der Sitzungsraum an und für sich nicht über groß ist, wäre vielleicht eine andere Anordnung der Stühle für die Stadträte praktischer. Da der Saal zwei Eingänge hat, so könnte man das südliche Drittel für die Zuhörer und die übrigen Zweidrittel nach Norden für die Stadtratsmitglieder einrichten, die dann ihren Eingang in den Saal durch das Nebenzimmer recht passend fänden. Um Störungen zu verhüten, müßten diese zwei Abteilungen durch einen Abschluß getrennt werden.

Alle Drucksachen

für
Behörden, Private, Vereine,
Handel und Gewerbe
wie

Briefbogen
Bestellscheine
Kuperts
Danksagungen
Einladungen
Geburts- Anzeigen
Lieferscheine
Mitteilungen
Postkarten
Preislisten
Prospekte

Programme
Quittungen
Rechnungen
Reise-Avis
Trauerbriefe
Totenzettel
Verlobungskarten
Visitenkarten
Wechsel
Weinkarten
Zirkulare usw.

liefert in kürzester Zeit die

Buchdruckerei Pet. Becher, Brühl

Schlossstrasse 23

Fernspr. 108 u. 109

